

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden.
Bemüher-Gesamtsumme 25 241.
Kur für Redigierer 2001.

Bezugs-Gebühr vom 12./1. bis 18./1. 1924 50 Goldpfennig. Einzelnummer 15 Goldpfennig.
Die Ausgaben werden nach Goldmünzen berechnet; bei einzahligem 20 mm breite
Seite 30 Pf., für auswärts 35 Pf., Sonderausgaben und Bildergeschenke ohne
Rabatt 50 Pf., außerhalb 20 Pf., die 50 mm breite Reklameseite 150 Pf.,
außerhalb 200 Pf. Überdrucke 5 Pf. Ausser: Umlage gegen Vorzugsberecht.

Verleihung und Beauftragungsschreiber:
Marienstraße 38/40.
Satz u. Verlag von Greif & Reichert in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit beweislicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) zulässig. - Unveränderte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Zweigniederlassung:
Bautzen, Theatergasse 8

Dresdner Handelsbank A.-G. Dresden, Ostra-Allee 9
Gegründet 1873 im „Haus der Kaufmannschaft“

In Dresden: Städtischer Vieh- und Schlachthof — Eliasplatz 3 — Kaiserstraße 11 — Jahnstraße 8 — Großmarkthalle

Die englischen Liberalen gegen Baldwin.

Asquith erklärt die Regierung Baldwin für unsfähig und unbeständig in jeder Hinsicht.
Die Liberalen unterstützen das Misstrauensvotum der Arbeiterpartei.

Die Niederlage der Regierung ist unvermeidlich.

London, 17. Jan. Im Unterhaus teilte Asquith mit, daß die Liberalen den Misstrauensantrag der Arbeiterpartei unterstützen würden. Die Niederlage der Regierung erscheint daher unvermeidlich.

Am Montag wird das Unterhaus über die von der Arbeiterpartei und den Liberalen eingebrachten Änderungsvoorshäle zur Thronrede abstimmen. Dieser Beschluss wurde von den Einheitsbürgern der Parteien nach zahlreichen Verhandlungen im Laufe des gestrigen Tages gefaßt. Man erwartet, daß, wenn Baldwin Montag abend geschlagen wird, am Dienstag früh ein Kabinettstrotz zusammenberufen wird und daß Baldwin dem Könige sein Rücktrittsgesuch sofort einreichen wird. Am Nachmittag wird er seinen Entschluß offiziell dem Unterhaus mitteilen und dieses wird sich dann verfügen. Man glaubt zu wissen, daß, wenn Ramsay MacDonald vom Könige aufgefordert wird, ein Kabinett zu bilden, das Parlament etwa drei Wochen vertagt bleiben wird.

Asquith, Lloyd George und Ramsay MacDonald haben auf der vorderen Oppositionsbank nebeneinander, als sich Clynes unter grohem Beifall seiner Partei erhob, um den

Misstrauensantrag der Arbeiterpartei gegen die Regierung

einzuholen. Während der Rede Clynes nahmen der Präsident von Wales und der Herzog von York aus der Tribüne Platz.

Clynes

sagte, die Thronrede erkläre, daß die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten freundschaftlich seien. Verhält sich das so? Seiner Ansicht nach nicht. Seien die Beziehungen zu Rußland freundschaftlich? Wenn England freundliche Beziehungen mit Rußland unterhalte, wie komme es dann, daß es noch nicht beschlossen habe, diese Freundschaft so weit zu führen, daß die russischen Vertreter hier empfangen werden, ebenso wie England die Vertreter Deutschlands seit langem empfangen habe. Sei es, weil Rußland sich nicht verpflichtet habe, seine Schulden zu bezahlen?

Wenn dies ein Hindernis für die Anerkennung sei sollte, wie kommt es dann, daß man die Vertreter

Frankreichs hier sehe?

(Wortfall bei der Arbeiterpartei.) Die Stellung Englands im Auslande sei schwächer als je zuvor, und der Einfluß Englands in auswärtigen Angelegenheiten sei fast verloren. Der Anspruch Englands, die Friedenspolitik zu beeinflussen, sei gerechtfertigt durch die Opfer, die es gebracht habe. Frankreich sei für England ein treuer, aber mächtiger Freund. England habe in Frankreich und für Frankreich gekämpft. Dauernde Freundschaft in Europa sei nur möglich, wenn Deutschland und Frankreich im Frieden leben.

Deutschland werde jetzt schlimmer behandelt, als Deutschland Frankreich vor 50 Jahren behandelt habe. Das bedeute eine monströse Vor-

bereitung für den nächsten Krieg, und daher könne England nicht nur zuschauen und abwarten.

Die Empfehlungen Englands müßten beherrscht werden durch die Erbringlichkeit einer wirklichen Regelung in Europa, die sich gründet auf angemessene Verstärkung der wirtschaftlichen Rechte und Bedürfnisse Großbritanniens. England zahle seine Schulden. Es habe geläufig und gezeigt und leide trotzdem mehr als die Länder, die es verleidigt und geteilt habe. Es gäbe auch eine Grenze für den Preis, den England an zu zahlen sich leisten könne. Besonders der auswärtigen Politik bestände ein Hoffnungstrümmer infolge der amerikanischen Beteiligung an der Reparationsfrage. Amerikas Mitwirkung sei nicht nur willkommen, sie sei wesentlich. Einiges verunreinigte die mangelnde Unterstützung des Völkerbundes durch die Regierung.

Asquith,

der nach Clynes sprach und die Opposition zu größter Begeisterung entfachte, erklärte, er werde zugunsten des eingebrachten Änderungsantrages stimmen und werde allen seinen Freunden anraten, dasselbe zu tun.

Es sei ein klares und uneingeschränktes Misstrauensvotum gegen die Regierung notwendig, gegen die man sich wenden müsse wegen ihrer Unbeständigkeit und Unfähigkeit sowohl im Inneren als auch nach außen. Keine Regierung habe bisher größeren fälschlichen Schaden angerichtet.

Asquith lagte, er lehne es ab, zu glauben, daß die Sonne untergehen werde für die Wohlfahrt Großbritanniens am Abend des Tages, an dem die Arbeiterpartei ins Amt komme. Es sei die Pflicht aller patriotischen Männer und Frauen alles zu tun, was sie können, ohne Grundfeste an zu stellen, um die Aufgabe der Arbeiterpartei zu erleichtern.

Von einer Koalition oder Fusion zwischen Liberalen und Arbeitern könne jedoch keine Rede sein, weil der Unterschied, der sie trenne, in fundamentalen Fragen nationaler Politik nicht überbrückt oder verschleiert werden könnte durch unaufrechte Annäherungen. Aber in zahlreichen Fragen sei Platz für ein Zusammenspielen vorhanden und zwar nicht nur der Liberalen und der Arbeitern, sondern, wie er glaubte, auch der Konservativen.

Der konservative Gesundheitsminister Johnson Hicks erklärte, die Verantwortung für den Sturz der Konservativen falle auf die Liberalen. Über die Beziehungen zu Frankreich sprechend, erklärte Hicks, es sei unmöglich, sich mit Frankreich zu streiten, und er verzehrte darauf, daß, wenn die Arbeiterpartei zur Macht gelange, sie sich in ihren Verhandlungen mit Frankreich an die großen Opfer erinnern werde, die Frankreich gebracht habe. Der Frieden Europas würde nicht gefördert und nicht gebessert werden durch Streitigkeiten unter den Alliierten. Alles, was Macdonald tun könnte, um den Frieden Europas sicherzustellen, würde die Unterstützung der konservativen Partei erhalten. Alles müsse getan werden, um die Mitwirkung Amerikas zu

Wir halten das Reich!

Zum 18. Januar.

In das Dunkel der Gegenwart leuchtet uns der 18. Januar 1871 als heller Hoffnungsstern herüber und gibt unserem Zukunftsfahrtlicht. Ein überwältigender geschildriger Augenblick von unschatterbarer Größe, als im Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles die Begründung des Deutschen Reiches in Gegenwart der deutschen Fürsten und Heerführern durch den ersten Träger der deutschen Kaiserkrone feierlich verkündet wurde! Die neue Macht, die damit in der europäischen Geschichte auf den Plan trat und später auch die Weltgesichte entscheidend zu beeinflussen bestimmt war, begann ihr Dasein mit einem Beweis der höchsten Mäßigung nach den gewaltigsten militärischen Erfolgen, da die Proklamation, die Kaiser Wilhelm I. in Versailles verfasste, die ewig denkwürdigen Worte enthielt: „Als aber und unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allezeit Mehrer des Reiches zu sein, nicht durch kriegerische Eroberungen, sondern in den Werken des Friedens, auf den Gebieten nationaler Wohlfahrt und Gestaltung“. Dieses Kulturprogramm hat die deutsche Politik redlich 48 Jahre lang innegehalten, und nicht deutsche Ehreld war es, wenn diese legendreiche Friedensperiode schließlich in den Weltkrieg ausmündete, der über Deutschland nicht nur den militärischen und inneren Zusammenbruch herausbeschwor, sondern es durch die Lüge seiner Feinde auch in die moralischen Fällen der durch niederrächtliche Gewalt eingeschuldigte hineinzerrte. Inzwischen hat dieser ungeheuerlichen Lüge gegenüber die Wahrheit sich allgemein durchgedehrt, so daß kein normal denkender Mensch mehr an den robusten Unsinne von der deutschen „Alleinhuld am Kriege“ glaubt. An diesem Erfolge muß unter Glaube an die Zukunft sich hinausstreifen und unserer dauernden Mission in der Welt froh und gewiß werden. Wie gegenüber der Schuldfrage endlich doch die Wahrheit gesiegt, wie ihr helles Licht alle Nebel vertrieben hat, daß sie in zerflattern den Bogen davonziehen mußten, so wird auch der Glanz des 18. Januar eins wieder mit unverstehlicher Kraft die Welt erstrahlen und einem neuen, großen und mächtigen Deutschland vorankrähen!

Von dieser Zuversicht nicht zu lassen, an ihr mit jeder Hader der Seele zu hängen, sie im tiefsten Gemüte zu bergen und zu pflegen und sie unserer heranwachsenden Jugend einzupflanzen, das sei ihr völlig in Fleisch und Blut übergegangen, — das ist heiligster volkstümlicher Pflicht jedes Deutschen, der auf diesen Ehrennamen Anspruch erheben darf. Daraum muß der Reichsgründakte das Sinnen und Trachten jedes deutschen Patrioten gänzlich erfüllen und beherren und der heutige hohe Gedenktag uns alle, die wir dem Deutchtum mit Leib und Seele ergeben sind, in dem Treuehut vereinigen, den wir, im Geiste zu der stillen Gruft im Sachsenwalde wohlfahrend, vor den Namen des Altreichskanzlers ablegen: „Wir lieben das Reich!“ Und diesen Willen, diese stahlharte Energie wird kein Feind brechen und breugen können, hier wird auch der französische Imperialismus auf Granit beissen und mit seinem Vernichtungswillen uns gegenüber Schißbruch leiden. Alles, was wir seit dem Vieraller Friedensvertrag an nationalen Demütigungen erlitten haben, waren nur Stationen auf dem Wege, an dessen Ende nach französischer Hoffnung das Ziel der dauernden Obnmacht Deutschlands liegen soll. Dieses Zeitalter aber sollen und werden die Welten nicht erreichen. Ein Volk von 60 Millionen ist in seinem nationalen Selbstbehauptungswillen nicht labhaft zu legen, wenn sich alle seine Mitglieder einmütig in dem Bekenntnis zum Reich zusammenfinden, in dem alle Werte unseres völkischen Lebens vereinigt und festgewurzelt sind, in dem die tausendjährige Kultur der deutschen Volksstämme in harmonischer Verbundenheit zum Ausdruck kommt. Dictem obersten Gesetzbuch, der Erhaltung des Reiches, muß alles andere bedingungslos untergeordnet werden. Wo es die Erhaltung des Reiches gilt, darf es keine partei-politischen Meinungsverschiedenheiten, keine Weltanschauungsgegenläufe, keine auseinanderstreitenden Triebkräfte irgendwelcher Art geben, sondern nur das einheitliche Aufrufen in der leichten Entschlossenheit, dem die deutsche Einheit verkörpernden und geprägten Reichsgedanken seinerlei Schaden zuzufügen zu lassen. Nur so kann auch das Bestreben, zum alten Bismarckischen Bundesstaate zurückzufallen, richtig verstanden und begrenzt werden. Die Reichsfreudigkeit soll dadurch erhöht, die Dingeigung der einzelnen Mitgliedsstaaten an das große Vaterland von jeder Hemmung befreit werden. Das Reich aber ist in jedem Falle die Hauptache, mit ihm stehen und fallen wir, und darum in echt national alles, was wahrhaft der Kräftigung des Reichsgedankens dient, dem nationalen Interesse dagegen abträglich, was direkt oder indirekt das feste Gefüge des Reichsbaues lockern könnte. Auf dem Grunde dieser Aussicht ruht der 18. Januar jedem deutschen Patrioten das gewaltige Pflichtwort des Großen Kurfürsten zu:

Gedente, daß Du ein Deutscher bist!

Die Unterhausdebatte über die Ruhrpolitik.

Tom Shaw gegen Frankreich.

London, 18. Jan. Im Unterhaus erklärte MacNeill auf die gefürchtete Beschwerde Lloyd Georges, daß die Neuanträge Gelegenheiten vernachlässigt habe, die Neuanträge mit Unterstützung der Vereinigten Staaten in Übereinstimmung mit dem Vorschlag des Staatssekretärs Hughes zu behandeln. Die Vorschläge von Hughes seien überhaupt der britischen Regierung niemals offiziell mitgeteilt worden. Als sie der transatlantischen Regierung gemacht wurden, seien sie verworfen worden. MacNeill erklärte, wenn das Land wirklich unter einer Misstrauensfahrt auswärtigen Angelegenheiten gestellt hätte, so trage die jeweilige Regierung ein Rünttel, die Regierung Lloyd Georges aber vier Rünttel der Verantwortung. Offiziell der Krise der Separatisten in Deutschland habe die britische Regierung von Anfang an gesagt: Wir können keinen Separatismus unterstützen, der auf die Unabhängigkeitserklärung von Staaten hinausläuft, die Teile des Deutschen Reiches sind. Dadurch würde die gesamte Lage mit Bezug auf den Vieraller Vertrag verändert werden. Solle es sich aber um die Bildung autonomer Staaten innerhalb des Deutschen Reiches handeln, so würde England sich nicht einmischen, vorangetreibt durch es genügend Beweise erhalte, daß es der Wille der Bevölkerung selbst sei.

Darauf erklärte Shaw, es gebe keinen Mann und keine Frau auf den Bänken der Arbeiterpartei, die keine Frankreich hielten; im Gegenteil wünschten sie alle die berächtigen

Beziehungen zu Frankreich. Was meine jedoch MacNeill, wenn er von einem Zusammenwirken mit Frankreich spricht? Dieses Zusammenwirken mit Frankreich wäre dahin, letzterem Frieden zu schaffen, das zu tun, was es will. Wenn wäre Großbritannien so tief gesunken, wie jetzt, da man ihm auf seine Vorschläge höre, wie werden deine Vorschläge nicht erwidern? Dies sei kein Zusammenwirken. Es sei eher richtig Frankreich mit der größten Freundschaft zu sauen. England erwarte, daß es bei der Errichtung internationaler Angelegenheiten als vollkommen gleichberechtigt behandelt werde. Das bedeutet nicht die Entente zu brechen, es bedeutet vielmehr zusammen zu sitzen. Nun aber höre man sein Wort mehr über die Erwähnung der britischen Erklärung über die Unfreiheitlichkeit der Ruhr operation Frankreichs. Frankreichs Politik im Ruhrgebiet habe Frankreich selbst nicht das gebracht, was es erwartet habe. Frankreich habe nicht die Reparationen erhalten, die es beanspruchte. Europa sei vom Frieden weiter entfernt, als 1918. Wie lange soll das noch fortdueren? Es würde kein Mangel an Freundschaft sein, wenn man sage, daß die geläufige Krise der rücksichtlichen Entscheidung des Völkerbundes unterbreitet werden solle. Frankreich könnte England seine Schulden bezahlen, weil es keine Reparationen erhalte. Es könnte aber zur gleichen Zeit anderen Nationen Geld für Rüstungsaufwände leihen. England könnte Frankreich gegenüber ganz auf Vorstellungen in der Richtung erheben, daß dies nicht der beste Weg sei, um den Frieden zu sichern.